

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Verkehrsausschusses (15. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Nicole Gohlke, Bernd Riexinger, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.**

**– Drucksache 20/5785 –**

### **Null-Euro-Ticket für Studierende, Auszubildende und Schülerinnen und Schüler**

#### **A. Problem**

Die Fraktion DIE LINKE. hat einen Antrag eingebracht, mit dem die Bundesregierung zur Vorlage eines Gesetzentwurfes zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes aufgefordert werden soll. Damit soll Schüler:innen, Auszubildenden, Studierenden und freiwillig Engagierten ermöglicht werden, den ÖPNV zum Nulltarif zu nutzen.

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.**

#### **C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

#### **D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

**Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 20/5785 abzulehnen.

Berlin, den 15. März 2023

**Der Verkehrsausschuss**

**Udo Schiefner**  
Vorsitzender

**Martin Kröber**  
Berichtersteller

## Bericht des Abgeordneten Martin Kröber

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 20/5785** in seiner 88. Sitzung am 2. März 2023 beraten und hat ihn an den Verkehrsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller führen aus, dass die Kosten für Mobilität gerade junge Menschen und wirtschaftlich schwache Familien enorm belasteten. Die aktuelle Inflation spitze die Situation deutlich zu.

Ein Nulltarif im ÖPNV würde Schüler:innen, Auszubildenden und Studierenden finanziell entlasten und ihnen mehr Teilhabe am öffentlichen Leben ermöglichen. Nach Auffassung der Antragsteller bedeute ein Null-Euro-Ticket ferner einen Beitrag zu mehr Chancengleichheit und zum Klimaschutz.

Hinsichtlich der Kosten für die Einführung eines Null-Euro-Tickets für den beschriebenen Nutzerkreis dürften die Kommunen und Landkreise nicht auf den Kosten sitzen bleiben. Daher sollten den Ländern zusätzliche Zuweisungen über den Haushaltstitel 03105 im Kapitel 6001 (Regionalisierungsmittel) zur Verfügung gestellt werden.

### III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 20/5785 in seiner 40. Sitzung am 15. März 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Verkehrsausschuss hat den Antrag auf Drucksache 20/5785 in seiner 35. Sitzung am 15. März 2023 beraten. Die Beratung wurde gemeinsam mit der Debatte zum Gesetzentwurf der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP zum Entwurf eines Neunten Gesetzes zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes (Drucksache 20/5548) durchgeführt.

Die **Fraktion der SPD** führte aus, dass die Forderung der Fraktion DIE LINKE. für ein Null-Euro-Ticket gut nachzuvollziehen, aber zum jetzigen Zeitpunkt nicht umsetzbar sei, zumal die finanziellen Mittel dafür nicht zur Verfügung stünden. Man werde sich aber weiter darüber Gedanken machen, wie man Studierende und Schüler entlasten könne. Allerdings sei dies im Kern eine Aufgabe der Länder, die sich zum Teil bereits damit befassen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** kritisierte, dass das Deutschlandticket jährlich mit mindestens drei Milliarden Euro subventioniert würde, anstatt mit diesen Mitteln das ÖPNV-Angebote zu verbessern. Die Ausfinanzierung des Tickets sei nach wie vor nicht geklärt, so dass ein hohes Belastungsrisiko in den Ländern bestehe. Eine weitere Erhöhung der Regionalisierungsmittel lehne die Bundesregierung allerdings ab, was unweigerlich zur Verschlechterung des Angebots führen werde.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärte, dass sie natürlich Sympathien für Vergünstigungen für junge Menschen habe und an weiteren Lösungen für Studierende interessiert sei. Sowohl der ÖPNV als auch der Hochschulbereich beträfen allerdings Kernkompetenzen der Länder, die hier entsprechend tätig werden müssten.

Selbstverständlich sehe man das Thema „Armut unter jungen Menschen“, mit dem sich die Koalition derzeit auch befasse.

Die **Fraktion der FDP** betonte, dass man die Dynamisierung der Regionalisierungsmittel weiter anpassen wolle, damit der öffentliche Nahverkehr auch in der Breite ausgebaut werden könne. Man stemme sich nicht dagegen, dass die Länder für gewisse Gruppen wie Studierende und sozial Benachteiligte günstigere Preise schafften. Nach Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern der Länder zum Thema „Studierenden-Tickets“ als auch zum Deutschlandticket allgemein habe sie aber nicht den Eindruck, dass die Länder großes Interesse daran hätten, die Kompetenz für den ÖPNV und das Hochschulwesen an den Bund abzugeben.

Die **Fraktion der AfD** äußerte, dass Sie ein Null-Euro-Ticket unterstützen würde, wenn es vernünftig ausgestaltet wäre. Dazu wäre aus ihrer Sicht ein einheitliches System für ganz Deutschland erforderlich, so dass nicht jedes Bundesland seine eigenen Regelungen träfe.

Die **Fraktion DIE LINKE.** sagte, dass der Verzicht auf soziale Elemente für Schüler, Auszubildende, Erwerbslose und andere Gruppen beim Deutschlandticket eine verbaute Chance sei. Auf diese Weise hätte man junge Leute noch stärker an den ÖPNV heranführen können. Man begrüße es, dass andere Fraktionen dies als Anregung betrachteten und dass man an der Sache weiter diskutiere. Bei Studierenden bestehe allerdings das Problem, dass das Semesterticket und das 49-Euro-Ticket zum Teil im Widerspruch stünden. Eine bundeseinheitliche Regelung wäre somit deutlich besser gewesen, zumal ein Drittel der Studierenden in Armut lebe bzw. armutsgefährdet sei.

Der **Verkehrsausschuss** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE., den Antrag auf Drucksache 20/5785 abzulehnen.

Berlin, den 15. März 2023

**Martin Kröber**  
Berichterstatter